

IM OSTEN GEHT DIE SONNE AUF?

OSTDEUTSCHE IDENTITÄT ALS WAHLKAMPF-
RESSOURCE DER AfD

≡ Lena Hinderberger

Mehr als drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung ist das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland weiterhin Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzung. In den letzten Jahren wurde diese Debatte durch zahlreiche Publikationen neu befeuert – etwa durch Dirk Oschmanns »Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung«¹, Steffen Maus »Ungleich vereint«² oder Ilko-Sascha Kowalczyk »Die Übernahme«³. Sie alle thematisieren auf unterschiedliche Weise die strukturellen Ungleichheiten, Deutungskämpfe und Identitätsfragen, die Ostdeutschland weiterhin prägen.

Auch die AfD hat spätestens seit 2019 das Thema spezifisch ostdeutscher Geschichte und Identität für sich entdeckt. Ihre Landtagswahlkämpfe in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2019 markierten einen strategischen Wendepunkt. Mit Slogans wie »Vollende die Wende!«, »Die friedliche Revolution mit dem Stimmzettel« oder »Wende 2.0« griff die Partei überregional gezielt auf erinnerungspolitische Motive der Umbruchjahre zurück – und deutete sie im Sinne einer gegenwärtigen Systemkritik um. Die AfD präsentierte sich als legitime Erbin der Protestbewegung von 1989 und als Speerspitze einer möglichen erneuten Transformation. Bemerkenswert ist *indes*, dass es häufig westdeutsche Politiker:innen wie Björn Höcke sind, die diese erinnerungspolitische Linie innerhalb der AfD besonders aktiv vertreten. So äußerte der in Rheinland-Pfalz aufgewachsene Höcke bei einem Wahlkampfauftritt in Cottbus: »Es fühlt sich schon wieder so an wie in der DDR. Und dafür haben wir nicht die friedliche Revolution gemacht.«⁴

Es wird deutlich: Auch über dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung ist ostdeutsche Identität noch immer ein Thema. Warum dies nun gerade von der AfD bedient wird, lässt sich allerdings weder aus der personellen Besetzung noch der thematischen Ausrichtung der Partei erkennen. Umso interessanter ist die Frage, was und vor allem wen sie eigentlich meint, wenn sie von »dem Osten« spricht. Und weshalb setzt

1 Vgl. Dirk Oschmann, *Der Osten. Eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023.

2 Vgl. Steffen Mau, *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*, Berlin 2024.

3 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019.

4 O.V., »AfD will »Wende 2.0« – erst im Osten, dann im ganzen Land«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.07.2019, [tinyurl.com/indes252t1](https://www.tinyurl.com/indes252t1).

die Partei überhaupt derart auf das Thema spezifisch ostdeutscher Erinnerung und Identität?

DIE DISKURSIVE ABWERTUNG DES OSTENS NACH DER WENDE

Ohne Zweifel war die Wende für viele Ostdeutsche mit großen Hoffnungen und Erwartungen verbunden – insbesondere hinsichtlich persönlicher Freiheitsrechte, wirtschaftlicher Perspektiven und einer Angleichung der Lebensverhältnisse. Dabei war es die Mehrheitsmeinung der DDR-Bevölkerung, dass nicht eine Reform des bestehenden Systems, sondern eine möglichst schnelle Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik – einschließlich der Übernahme westdeutscher Institutionen – angestrebt werden sollte.⁵ Der anschließende Transformationsprozess erwies sich dann allerdings als abrupt und tiefgreifend. Er war von enormen Herausforderungen geprägt, darunter die Privatisierung der Betriebe durch die Treuhandanstalt, Massenarbeitslosigkeit, großflächige Abwanderung und eine ungleiche Repräsentation Ostdeutscher in Entscheidungspositionen. Die dadurch entstandenen Enttäuschungen und Gefühle der Fremdbestimmung prägten die Selbstwahrnehmung vieler Ostdeutscher nachhaltig.

Und auch im öffentlichen Diskurs zeigten sich nach der Wende deutliche Ungleichheiten zwischen Ost und West. Ostdeutsche wurden häufig durch abwertende Stereotype wie etwa »Jammerrossi« charakterisiert und die ostdeutschen Bundesländer gemeinhin – im Gegensatz zu den alten Ländern – als rückständig dargestellt, während sich im Osten Deutschlands wiederum Abgrenzungen gegenüber »den Wessis« etablierten. Ostdeutsche waren und sind teils noch immer im westdeutsch dominierten medialen Diskurs vor allem einer ständigen diskursiven Abwertung ausgesetzt. Dabei verbleibt ein solches negatives Bild nicht in der medialen Sphäre, sondern sickert tief in die Gesellschaft ein und wirkt sich auf die Fremd- und Selbstwahrnehmung aus.⁶ An dieser nach wie vor bestehenden Trennlinie zwischen Ost und West setzt die AfD an und versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen.

AUF DEM WEG IN DIE DDR 2.0?

Das Fundament, auf dem die AfD ihre Identitätskonstruktion des Ostens aufbaut, ist der Vergleich der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland mit jener repressiven und ideologisch-dogmatischen der DDR. Dafür nutzt sie an mehreren Stellen den Slogan »DDR 2.0«, der weit mehr ist als eine polemische Zuspitzung: Er greift tief in die ostdeutsche kollektive Erinnerung und versucht, ein Bild autoritärer

5 Vgl. Wolfgang Schroeder & Daniel Buhr, 30 Jahre Transformation und Vereinigung – Forschungsstand, gesellschaftliche Problemlagen, Gestaltungsperspektiven, in: Judith C. Enders u. a. (Hg.), Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung, Frankfurt a. M. 2021, S. 77–158, hier S. 78.

6 Vgl. Florian Spissinger u. a., Das Ringen um »die Ostdeutschen« – über die Beharrlichkeit einer Identitätskonstruktion, in: Lars Vogel u. a. (Hg.), Ostdeutschland: Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?, Wiesbaden 2024, S. 337–357, hier S. 338.

Strukturen und staatlicher Willkür zu zeichnen, das die Bundesrepublik als zunehmend totalitär erscheinen lässt. Konkret beruht der Vorwurf der DDR-Parallele auf drei tragenden Säulen: ideologische Gleichschaltung, Unterdrückung der Opposition sowie Einschränkung der Meinungsfreiheit.

So behauptet die AfD, es gäbe eine mächtige Elite, die die Institutionen in Deutschland besetzt und kontrolliert. Dazu würden neben den Kultur- und Medienschaffenden alle etablierten Parteien zählen, denn sie sprächen »mit einer Sprache – von der Ex-SED bis zur vermerkelten Union«. ⁷ Alle hätten sie dieselbe Meinung und Agenda. Dabei tauchen insbesondere die Themen Migration und Klima immer wieder auf. Die AfD versucht, mit diesem rechtspopulistischen Narrativ, demokratische Institutionen per se zu delegitimieren und das Vertrauen in sie weiter schrumpfen zu lassen. ⁸

Daran anschließend inszeniert sich die Partei als letzte verbliebene Opposition zu den »Einheitsparteien«. Allerdings sei sie damit der Regierung ein Dorn im Auge und werde aktiv bekämpft, vor allem mithilfe des immer wieder auftauchenden Rechtsextremismusvorwurfs. Alexander Gauland zieht direkte Parallelen zur SED-Zeit: »Wie in der DDR denunzieren Funktionäre dieser Partei [der Grünen, LH] die bürgerlich-konservative Opposition als rechtsextrem, faschistisch und was dergleichen Schmähreden mehr sind.« ⁹ Die AfD versucht damit, sämtliche Kritik an ihr zu delegitimieren und zeitgleich ihre Radikalisierung als Akt des notwendigen Widerstands zu stilisieren.

In Hinblick auf die Meinungsfreiheit erinnert die Partei an ein gesellschaftliches Klima des Misstrauens, wie es viele aus DDR-Zeiten noch kennen würden. Andreas Kalbitz – einst Schlüsselfigur im sogenannten »Flügel« der AfD und inzwischen wegen rechtsextremer Kontakte ausgeschlossen – mahnt, man müsse sich heute wieder überlegen, »was man am Küchentisch sagt, damit die Kinder sich in der Schule nicht verplappern«. ¹⁰ Die Anspielung auf die Stasi ist unüberhörbar. Heute sei es allerdings nicht mehr nur die staatliche Repression, sondern auch eine linke Hegemonie, die gesellschaftlichen Druck ausübe und rechte Meinungen unterdrücke – insbesondere über das Instrument der politischen Korrektheit.

Die AfD versucht durch diese diskursiv konstruierten Parallelen zwischen der DDR und der heutigen BRD, die negativen kollektiven Erinnerungen an das Leben in einer Diktatur zu wecken und zu mobilisieren. Ob ihre Zuhörer:innen dabei überhaupt selbst die DDR erlebt haben, scheint egal. Ihr Ziel ist es, unter ihren ostdeutschen Anhänger:innen einen Handlungsdruck zu erzeugen, erneut diktatorische Zustände zu verhindern, die insbesondere im Westen des Landes bereits zu beobachten seien.

7 Björn Höcke, »Wahltag wird zum Zahntag!« (Video), in: AfD TV (YouTube-Kanal), 14.07.2019, tinyurl.com/indes252t2.

8 Vgl. Manès Weiskircher, The Multiple Heartlands of Germany's Far Right, in: Ninna Mörner (Hg.), The Many Faces of the Far Right in the Post-Communist Space: A Comparative Study of Far-Right Movements and Identity in the Region. CBEEES, State of the Region Report 2021, S. 91–99, hier S. 92.

9 Aktuell: Rede Dr. Alexander Gauland (AfD) am 18. September in Arnstadt/Thüringen (Video), in: Vorortaktuell (YouTube-Kanal), 19.09.2019, tinyurl.com/indes252t3.

10 Andreas Kalbitz (AfD) am 20.07.2019 in Perleberg (Video), in: AfD Brandenburg (YouTube-Kanal), 21.07.2019, tinyurl.com/indes252t4.

Weisskircher spricht in diesem Zusammenhang von einer gezielten Aktivierung negativer Nostalgie, die längst auch bei Akteuren wie Pegida oder dem Institut für Staatspolitik genutzt werde.¹¹

DIE OSTDEUTSCHEN ALS INNERDEUTSCHE AVANTGARDE

Aufbauend auf dieser fatalistischen Gegenwartsbeschreibung inszeniert die AfD den Osten als einzige Rettung vor einer drohenden Diktatur. Der Osten soll nicht länger als abgehängt oder benachteiligt, sondern als eine innerdeutsche Avantgarde, als das bessere Deutschland betrachtet werden. Die Avantgardisierung der Ostdeutschen lässt sich dabei mit Blick auf den AfD-Wahlkampf 2019 in vier Dimensionen aufteilen: ethnische Homogenität, Diktatursensibilität, Widerstandserfahrung und politische Vorreiterrolle. Wichtiger Bestandteil dieser Aufwertungserzählung ist die narrative Abwertung Westdeutschlands.

DER WESTEN ALS FEINDBILD

Damit kollektive Identität und darüber das Gefühl von Zugehörigkeit konstruiert werden können, benötigt es immer eine Fremdgruppe, von der sich diese Identität abgrenzen kann. So wird Westdeutschland in den Wahlkampfreden der AfD zum politischen und kulturellen Feindbild stilisiert. Es wird mit Einwanderung, Multikulturalismus, Dekadenz und politischer Trägheit gleichgesetzt. Der Osten hingegen erscheint als moralisch überlegen, zugleich aber politisch und wirtschaftlich benachteiligt. Besonders westdeutsche Großstädte werden als Symbole gesellschaftlichen Verfalls inszeniert. Björn Höcke zeichnet ein dystopisches Bild dieser Städte, geprägt von »arabischen Clans« und Migranten, die angeblich das Land kontrollierten.¹² Die AfD behauptet, dass in westdeutschen Städten »wir Deutschen Minderheit im eigenen Land« seien, ein Zustand, den die »Altparteien« auch im Osten etablieren wollten.¹³

Mit gezielten Drohkulissen schürt die AfD damit Ängste vor »Überfremdung« und sozialen Konflikten und bedient dabei die Verschwörungserzählung des »großen Austauschs«: Eine Elite – repräsentiert durch die etablierten Parteien – steuere gezielt Migrationsbewegungen, um die »einheimische« Bevölkerung durch kulturell »fremde« Gruppen zu ersetzen. Da die etablierten Parteien im Westen bereits länger regiert haben, sei die Situation dort besonders drastisch. Ostdeutschland könne erneut froh über seine spezifische Geschichte sein und wird abgegrenzt von der »multikulturellen, multiethnischen, gesinnungskontrollierten Bundesrepublik«.¹⁴

11 Vgl. Weisskircher, *Multiple Heartlands*, S. 95.

12 Vgl. Aktuell: Rede Björn Höcke (AfD) am 26. Oktober in Erfurt/Thüringen (Video), in: Vorortaktuell (YouTube-Kanal), 26.10.2019, tinyurl.com/in-des252t6.

13 Vgl. Höcke, »Wahltag wird zum Zahltag!« (Video).

14 Aktuell: Rede Dr. Alexander Gauland (AfD) am 18. September in Arnstadt/Thüringen (Video).

Die DDR sei vor dreißig Jahren von der BRD »geschluckt« worden, wobei die Erfahrungen der Ostdeutschen keine Rolle spielten.¹⁵ Die Wiedervereinigung wird damit als kolonialer Akt des Westens dargestellt. Der Osten auf der anderen Seite sei ein wirtschaftlich abhängiges, wehrloses Opfer, lediglich die »verlängerte Werkbank des Westens«.¹⁶ *Indes* werden tatsächlich bestehende strukturelle Ungleichheiten zwischen Ost und West in den AfD-Wahlkampfreden kaum thematisiert, konkrete Lösungsansätze fehlen gänzlich. Vielmehr dient die oberflächliche Darstellung der Ungleichheit der Emotionalisierung und politischen Mobilisierung. Der Westen wird als abschreckendes Beispiel inszeniert mit der Botschaft: Wenn sich der Osten nicht wehrt, droht ihm dasselbe Schicksal. Das Ost-West-Verhältnis wird zum Kampf Gut gegen Böse.

DER ETHNISCH HOMOGENE OSTEN

Zu den zentralen Bestandteilen des AfD-Narrativs vom »besseren Osten« zählt die Vorstellung ethnischer Homogenität. Im Wahlkampf 2019 betonte die Partei immer wieder, dass der Osten Deutschlands aufgrund seiner spezifischen Geschichte und vor allem aufgrund des Ausbleibens sogenannter Gastarbeiter:innen ethnisch homogener als die alten Bundesländer sei.¹⁷ Damit ist er in den Augen der AfD der positive Gegenentwurf zum mit Multikulturalismus und Migration gleichgesetzten Westen Deutschlands, der unter Kontroll- und Identitätsverlust leide. Dass es auch in der DDR Arbeitsmigration gab, etwa durch sogenannte Vertragsarbeiter:innen, wird verschwiegen und damit ein Teil der ostdeutschen Geschichte und ein Teil der Ostdeutschen bewusst exkludiert.¹⁸ Die Inszenierung des »deutscheren Ostens« fungiert als symbolischer Gegenentwurf zu einem vermeintlich »überfremdeten« Westen – und wird so zur Projektionsfläche völkisch-nationaler Zukunftsentwürfe. Die AfD stilisiert Ostdeutschland zur Keimzelle einer imaginierten ethnisch homogenen Volksgemeinschaft.

15 Hücke, »Wahltag wird zum Zahltag!« (Video).

16 Ebd.

17 Vgl. Aktuell: Rede Dr. Alexander Gauland (AfD) am 18. September in Arnstadt/Thüringen (Video).

18 Patrice G. Poutrus, Ausländer in Ostdeutschland, in: bpb.de, 24.08.2020, tinyurl.com/indes252t7.

19 Aktuell: Rede Dr. Alexander Gauland (AfD) am 18. September in Arnstadt/Thüringen (Video).

DIKTATURERFAHRUNG ALS ERKENNTNISVORSPRUNG

Die DDR-Vergangenheit dient der AfD als Grundlage für eine Erzählung spezifisch ostdeutscher Diktatursensibilität. Ostdeutsche hätten demnach ein geschultes Auge dafür, autoritäre Tendenzen und ideologische Bevormundung frühzeitig zu erkennen – ein Erkenntnisvorsprung, über den Westdeutsche aufgrund ihrer längeren Demokratiekontinuität nicht verfügten. Gauland bringt diese Haltung prägnant auf den Punkt: »Sie wissen, wie eine Diktatur sich anfühlt. Sie hören das autoritäre Gras wachsen.«¹⁹

Diese behauptete Diktatorsensibilität ist eng verknüpft mit dem von der AfD verbreiteten Narrativ einer drohenden DDR 2.0. Während Westdeutsche diese Gefahr nicht sehen könnten oder wollten, gelte es für den Osten, seine Fähigkeit zu nutzen, die Zeichen der Zeit zu deuten und politisch aktiv zu werden.

Die bislang in der Öffentlichkeit meist als Makel angesehene DDR-Vergangenheit wird damit in einen exklusiven Vorteil verwandelt und die Ostdeutschen als besonders politisch wachsam dargestellt. Dabei werden die Ostdeutschen aber erneut als homogene Masse imaginiert, indem ihnen pauschal diese Diktatorsensibilität zugeschrieben wird – auch wenn es längst mehrere Generationen ohne eigene DDR-Erfahrung gibt und auch die Erfahrungen innerhalb der DDR höchst unterschiedlich und individuell ausfielen.

WIDERSTAND ALS IDENTITÄT – WIE DIE AfD 1989 NEU ERZÄHLT

Neben ethnischer Homogenität und Diktatorsensibilität bildet schließlich die Umdeutung der Friedlichen Revolution von 1989 das dritte Element des Avantgarde-Narrativs der AfD. So schreibt die Partei *allen* Ostdeutschen eine kollektive Widerstandserfahrung zu, ungeachtet der historischen Realität, dass die Proteste – obwohl zeitweise Hunderttausende mobilisiert werden konnten – nur von einer aktiven Minderheit getragen wurden. Nicht jede:r DDR-Bürger:in war auf der Straße und nicht jede:r wollte ein Ende des Regimes. Diese Homogenisierung dient der Konstruktion eines politisch wachen und widerständigen Ostens – eines Volkes, das bereits einmal ein Regime zu Fall gebracht habe und dies jederzeit wieder tun könne.

So schafft die AfD eine positive Identität, die viele Ostdeutsche anspricht – gerade vor dem Hintergrund langjähriger Transformations- und Abwertungserfahrungen. Der Verweis auf 1989 dient dabei nicht nur als Gründungsmythos der widerständigen Ostdeutschen, sondern auch als Handlungsaufruf. Wenn Björn Höcke behauptet, es fühle sich »schon wieder an wie in der DDR«²⁰, dann möchte er wohl ein Moment der Selbstwirksamkeit herbeirufen. Die Partei inszeniert sich als Erbin von 1989, als Stimme eines Volkes, das schon einmal erfolgreich aufbegehrt hat. Die tatsächlichen Ziele der Friedlichen Revolution – Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit – werden außer Acht gelassen oder gar umgedeutet. So betont z. B. Gauland, die Ostdeutschen hätten sich 1989 das Recht erkämpft, »deutsch zu sein«, was nun durch Migration bedroht sei.²¹

Diese Widerstandserzählung schafft ein positives Selbstbild, ein gemeinsames »Wir« für Menschen mit sehr unterschiedlichen Biografien

20 Höcke, »Wahltag wird zum Zahltag!« (Video).

21 Vgl. Aktuell: Rede Dr. Alexander Gauland (AfD) am 18. September in Arnstadt/Thüringen (Video).

und politischen Hintergründen. Karstein u. a. sprechen hier von einer »Nadelöhr-Semantik«, die Differenzen überwindet und verschiedene Milieus zusammenbringt.²²

Mit diesem Narrativ kämpft die AfD nicht nur um Stimmen, sondern um Deutungshoheit. Erinnern wird zur politischen Strategie. Die Friedliche Revolution wird so umgedeutet, dass sie zur Gegenwartspolitik der Partei passt. Dabei greift die AfD auf ein Muster zurück, das in vielen rechtspopulistischen Bewegungen zu beobachten ist: Geschichte wird vereinfacht, polarisiert und aufgeladen, um ein klares Freund-Feind-Schema zu erzeugen. Die komplexe Realität von 1989 schrumpft auf den heroischen Kampf eines mutigen Volkes gegen eine übermächtige Elite. Dass diese Erzählung nicht neu ist, zeigt schon der Blick auf Pegida. Auch dort wurde mit »Wir sind das Volk« eine historische Parole umgedeutet.

DER OSTEN ALS SPEERSPITZE EINER NEUEN BEWEGUNG

Die politische Vorreiterrolle ist der zentrale Baustein der Darstellung Ostdeutschlands als innerdeutscher Avantgarde, die durch die AfD verbreitet wird. Sie verbindet die Elemente der Widerstandserfahrung und Diktatursensibilität und fungiert als Scharnier zwischen Vergangenheit und Zukunft, als Ausdruck einer Mission: Der Osten soll vorangehen und das politische System der Bundesrepublik grundlegend transformieren. »Wir wollen die Wende 2.0 für einen Neustart; erst in Thüringen und dann in ganz Deutschland«,²³ erklärte Höcke in Erfurt. Die Landtagswahlen wurden als historische Zäsur inszeniert: »Es ist eine Schicksalswahl und ihr könnt endlich das politische Rad umdrehen«,²⁴ so Birgit Bessin in Eberswalde.

Die Legitimation für diesen Führungsanspruch bezieht die AfD aus der ostdeutschen Erfahrung: Wer könnte ein Land vor autoritären Tendenzen retten, wenn nicht die, die den Widerstand und das sensible Gespür für Diktaturen in sich tragen? Diese Deutung erlaubt es, den Osten nicht als nachholend, sondern als wegweisend darzustellen. Westdeutschland dient dabei erneut als abschreckendes Gegenmodell – als politisch-lethargischer Raum, der erst durch die Initiative des Ostens gerettet werden könne.

Dass die AfD gerade den Osten Deutschlands zum Vorbild gewählt hat, liegt auch maßgeblich an den Wahlerfolgen. In keinem anderen Teil Deutschlands konnte sie konstant vergleichbare Ergebnisse erzielen. Jörg Meuthen, einst Ko-Parteivorsitzender der AfD und mittlerweile ausgetreten, verdrehte daher das alte Stereotyp vom »Dunkeldeutschland« zur Auszeichnung: »Für mich ist das nicht Dunkeldeutschland hier, sondern

22 Uta Karstein u. a., Das umstrittene Erbe von 1989: Gesellschaftliche Aneignungen, Umdeutungen, Erinnerungspolitik, in: Birgit Blättel-Mink (Hg.), Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020, S. 1–8, hier S. 6.

23 Aktuell: Rede Björn Höcke (AfD) am 26. Oktober in Erfurt/Thüringen (Video).

24 Aktuell: Rede Birgit Bessin (AfD) am 24. August in Eberswalde/Brandenburg (Video), in: Vorortaktuell (YouTube-Kanal), 26.08.2019, tinyurl.com/indes252t8.

das hier ist eher Hellddeutschland. [...] Man sieht an den Umfragewerten, dass hier mehr Menschen ziemlich helle drauf sind.«²⁵

Als wiederkehrendes Symbol für diese politische Vorreiterrolle dient das Bild der aufgehenden Sonne. »Wir lassen hier die Sonne im Osten aufgehen und sie dann in wenigen Jahren über ganz Deutschland scheinen«, verkündete Höcke.²⁶ Das Motiv verweist auf einen unvermeidlichen Wandel, beginnend im Osten, endend im Westen und knüpft zugleich an den historischen Symbolismus der DDR-Hymne an – und verleiht der politischen Programmatik emotionale Tiefe.²⁷

WEN MEINT DIE AfD NUN EIGENTLICH, WENN SIE VON »DEM OSTEN« SPRICHT?

Rechtspopulistische Identitätspolitik lebt von der Konstruktion eines idealisierten Volkes, das einer dämonisierten Elite gegenübersteht. Im Landtagswahlkampf 2019 ersetzte die AfD das abstrakte »Volk« durch die vermeintlich homogene Gruppe der Ostdeutschen. Ambivalente DDR-Erfahrungen, vielfältige Perspektiven oder soziale Differenzierungen werden dabei systematisch ausgeblendet.

In dieser Konstruktion gelingt der AfD der Kniff, die Ostdeutschen zugleich als Opfer und Helden zu inszenieren. Als Opfer einer ehemaligen Diktatur, einer vom Westen gesteuerten Übernahme und einer politischen und wirtschaftlichen Benachteiligung. Als Helden dagegen, die solche Missstände erkennen, bereits überwunden haben und nun erneut überwinden können. Diese doppelte Erzählung erzeugt politische Wirkmacht: Wer einst die Mauer zu Fall gebracht habe, könne auch heute dem autoritären Zeitgeist trotzen – diesmal allerdings mit parlamentarischer Unterstützung durch die AfD.

Doch nur, weil man in Ostdeutschland geboren wurde oder sich selbst als Ostdeutsche:r identifiziert, ist man in den Augen der AfD nicht unbedingt Träger:in ostdeutscher Identität. Insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte und politische Gegner:innen werden ausgeschlossen, westdeutsch sozialisierte AfD-Politiker:innen dagegen werden in die konstruierte ostdeutsche Gruppe integriert. Ostdeutsche Identität wird nicht aus gelebter Realität, sondern aus ideologischer Anschlussfähigkeit definiert. Immer wieder wird betont: »Der Osten wählt blau.«²⁸

Tatsächlich spezifisch ostdeutsche Themen – wie wirtschaftliche Disparitäten, strukturelle Benachteiligung oder soziale Ungleichheit – spielen nur eine Rolle, wenn sie sich ins übergeordnete Narrativ einer »DDR 2.0« einfügen lassen. Es geht der AfD nicht um die Lebensrealität

25 Jörg Meuthen MdEP AfD spricht in Dresden (Video), in: AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation (YouTube-Kanal), 25.08.2019, tinyurl.com/indes252t9.

26 Aktuell: Rede Björn Höcke (AFD) am 26. Oktober in Erfurt/Thüringen (Video).

27 Vgl. Karstein u. a., Das umstrittene Erbe von 1989, S. 5.

28 Jörg Meuthen MdEP AfD spricht in Dresden (Video).

der Ostdeutschen, sondern um ihre politische Verwertbarkeit. »Der Osten« wird zum Symbol einer vermeintlichen Widerständigkeit – ein Mobilisierungsinstrument für die politische Agenda der Partei. Am Ende bleibt eine politisierte und instrumentalisierte Identität, die weniger von ostdeutscher Realität als von rechtspopulistischen bis rechtsextremen Sehnsüchten erzählt.

OSTDEUTSCHE JUGENDKULTUR GEGEN KOSMOPOLITISCHE LEBENSWEISE

In den Landtagswahlkämpfen 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg trat ostdeutsche Identität nicht mehr als *das* übergeordnete Thema in Erscheinung. Die großen historischen Erzählungen, Systemvergleiche und Widerstandsnarrative rückten spürbar in den Hintergrund. Ganz verschwunden war das Motiv allerdings nicht – stattdessen veränderte es seine Form. So inszenierte sich Björn Höcke 2024 auf Thüringer Wahlplakaten medienwirksam auf einer Simson²⁹, dem DDR-Kult-Moped, das heute vor allem unter jungen Ostdeutschen beliebt ist. Auch die Junge Alternative griff dieses Bild auf und warb in Sachsen mit dem Slogan: »Simson statt Lastenrad«³⁰ – ein Versuch, ostdeutsche Jugendkultur gegen eine kosmopolitische, klimabewusste Lebensweise auszuspielen, die vor allem mit dem städtischen Milieu verbunden wird. Der Fokus liegt damit nun weniger auf historischen Widerstandsnarrativen als auf kultureller Identität und »Ostalgie«. Gerade dieser Wandel verdeutlicht erneut: Der AfD geht es bei der Ansprache ostdeutscher Identität nicht um Anerkennung und Repräsentation, sondern um strategisch-politische Verwertbarkeit. Ostdeutsche Identität wird zum bloßen Wahlkampfmittel – zur variablen Chiffre, die sich flexibel an gesellschaftliche Stimmungen, parteipolitische Ziele und mediale Debatten anpassen lässt.

29 Vgl. David Begrich, »Ostdeutsche Identität: Wie Björn Höcke zum Ober-Ossi wurde«, in: Zeit online, 11.08.2024, tinyurl.com/indes252t10.

30 Ebd.



© Michaela Weber

Lena Hinderberger, geb. 1996, hat Politikwissenschaft und Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena (B.A.) und der Martin-Luther-Universität in Halle (M.A.) studiert. In Ihrer Abschlussarbeit beschäftigte sie sich mit der Konstruktion ostdeutscher kollektiver Identität durch die AfD. Derzeit ist sie als Projektreferentin beim Erich-Zeigner-Haus e. V. in Leipzig tätig.